



Medienkonferenz "Legislaturrichtlinien 2013 – 2016" vom Mittwoch, 3. Juli 2013

REFERAT VON GEMEINDERÄTIN FRANZISKA TEUSCHER, DIREKTORIN FÜR BILDUNG, SOZIALES UND SPORT

*Es gilt das gesprochene Wort*

Geschätzte Medienschaffende

Gemeinsam haben wir im Gemeinderat diese Legislaturrichtlinien ausgearbeitet, gemeinsam wollen wir sie in den nächsten Jahren umsetzen. Und mit gemeinsam meine ich auch: gemeinsam mit den Betroffenen, den Beteiligten.

Partizipation, Mitwirkung sind mir ein besonderes Anliegen. Und das bedeutet für mich nicht von oben verordnete Mitwirkung, nicht pro-forma Mitwirkung, sondern echte Zusammenarbeit.

Partizipation steht für mich über allen unseren Legislaturzielen im Bereich Arbeit und Bildung, partizipativ werde ich diese in meiner Direktion umsetzen:

- z.B. bei der Frühförderung primano, die wir in den nächsten Jahren bedarfsgerecht ausbauen wollen. Ohne Partizipation ist Frühförderung nicht möglich. Nur gemeinsam schaffen es Eltern, Kinder, Kitas, Spielgruppen, Quartierkennerinnen und –kenner und Behörden, dass auch Kinder, die benachteiligt sind, gefördert werden und mit gleichen Chancen in die Schule starten können.
- Partizipation gilt weiter für die Treffpunkte für Jugendliche, die wir in jedem Schulkreis auf einem Schulhaus- oder Sportplatz etablieren wollen, zusammen mit den Jugendlichen, den Schul- und Quartierorganisationen. Denn Jugendliche sollen einen Platz haben, wo sie willkommen sind, sich treffen, bewegen und wo sie Sport treiben können.
- Und Partizipation gilt besonders für die sogenannte Basisstufe, die wir in der Stadt Bern in der nächsten Legislatur ausbauen wollen. In der Basisstufe werden Kinder von vier bis acht Jahren unterrichtet; in einer altersgemischten Klasse. Die Kinder durchlaufen Kindergarten, erste und zweite Klasse in unterschiedlichem Tempo - ihrer Entwicklung, ihren Fähigkeiten entsprechend. Auf diese Weise können einige bereits nach drei Jahren in die dritte Klasse übertreten, andere nach fünf Jahren. Das kantonale Volksschulgesetz überlässt es den Gemeinden, ob sie die Basisstufe einführen wollen oder nicht. Wir wollen. Der

Gemeinderat ist überzeugt, dass die Kinder dank der Basisstufe leichter den Übergang schaffen vom spielerischen zum systematischen Lernen. Wir sind aber auch überzeugt, dass die Basisstufe nur funktioniert, wenn alle Beteiligten sie wollen. Wenn Lehrpersonen, Eltern und Schulbehörden an einem Strick ziehen. Darum ist es mir wichtig, die Basisstufe nicht vorzuschreiben, sondern sie dort zu schaffen, wo sie erwünscht ist. Wir verordnen keine Basisstufe, wir unterstützen sie aber nach Kräften. Das meine ich mit Partizipation und Mitwirkung.

Besonders in finanziell schwierigen Zeiten ist es wichtig, die Ressourcen gezielt einzusetzen. Dabei dürfen wir Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit nicht aus den Augen verlieren. Die Stadt fördert deshalb auch Massnahmen und Projekte, die dafür sorgen, dass Jugendliche sicher ins Arbeitsleben starten und einen Job finden. Und auch Langzeitarbeitslosen wollen wir – wenn immer möglich - eine neue Perspektive auf dem Arbeitsmarkt bieten. Auch hier gilt: Gemeinsam, partizipativ - zusammen mit Firmen - erreichen wir mehr als durch Machtworte von oben. Das zeigt das sogenannte Teillohnprojekt besonders gut. Bei diesem Projekt unterstützt die Stadt Firmen finanziell, welche Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt integrieren. Das Projekt hat erfolgreich gestartet – wir wollen es erfolgreich weiterführen.

Partizipation ist kein Zauberwort und es löst nicht alle Probleme – aber ich bin überzeugt, dass in finanziell angespannten Zeiten durch eine echte Zusammenarbeit im Kleinen Grosses entstehen kann.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.